

## **„Das neue Leben muss anders werden...“ Aufbruch der FDJ in der Sowjetischen Besatzungszone**

Am 4. November 1989 füllten Zuschauer zu später Stunde das Schweriner Theater. Sie hatten vermutlich tagsüber den Rundfunk- und Fernsehübertragungen der Massenkundgebungen in Berlin gelauscht – diesem vielfach selbst gedachten, wiederholt vor sich hin geflüsterten oder herab geschluckten Zorn der Redner, ihren energischen Forderungen nach Veränderung.

Auf der Bühne erschienen Hand in Hand die Darsteller des Abends. Frauen und Männer in schlichter Kleidung. Alle gehörten zu einer Generation, die in den späten Vierzigern FDJ-Lieder gesungen hatten, die sie nun leise, nuanciert betont anstimmten. Sie schienen bereits mit der ersten Liedzeile in sich hinein und ihrer Vergangenheit nach zu lauschen, Bilder heraufzubeschwören: „Das neue Leben / muss anders werden / als dieses Leben / als diese Zeit.“

Besser als jeder Kommentar, verdeutlichten die ernüchterten, vom „realen Sozialismus“ gekennzeichneten Gesichter der inzwischen in die Jahre gekommenen, was aus den Zukunftsvisionen und dem Elan, mit dem junge Menschen damals der „eigenen Kraft vertrauend“ in ein „anderes Deutschland“ aufbrachen, geworden war. Das „Publikum im Saal klatschte, raste, jubelte an diesen unglaublichen Abend eines unglaublichen Tages“, hieß es in der Presse.<sup>1</sup>

Die Lieder hatten an Momente erinnert, in denen in der Wirrnis eines kollabierten Gesellschaftsgefüges und vor dem Hintergrund der unendlich scheinenden Trümmerwüste Nachkriegsdeutschlands anfangs noch eine verschwindend kleine Minderheit der Mädchen und Jungen beschlossen hatte, „sich nicht aufzugeben“ und schon, um überleben zu können, „selbstbestimmt und eigenverantwortlich anzupacken“. Sie hatten es künftig besser machen wollen als ihre Eltern und Großeltern und sich in den folgenden Wochen, Monaten, Jahren von einer neu etablierten Obrigkeit in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) manchmal sogar allzu gern eine besondere „Mission“ beim „gesellschaftlichen Wandel“ einreden lassen, mit der sie dann als Mitglieder der Freien Deutschen Jugend (FDJ) „Zukunftsträger einer erneuerten, gerechten Gesellschaft“ sein sollten und in der „Pflicht“ schienen.

Dabei erinnerten sich interviewte Zeitzeugen, als ehemalige „FDJler der ersten Stunde“ Jahrzehnte später nach den jugendbewegten Anfängen in der SBZ befragt,<sup>2</sup> sehr betont an ihr allererstes, eher spontanes Aufeinandertreffen. Ihre kleinen, losen Gemeinschaften glichen anfangs eher „Selbsthilfegruppen notleidender junger Menschen“, die noch ausschließlich auf das eigene alltägliche Überleben konzentriert blieben – bevor sich daraus Gruppen der „Antifa-Jugend“ entwickelten, in denen man sich dann regelmäßiger zusammenfand und die

später als Vorläufer der FDJ galten. Der damals 16-jährige Jürgen D. gab rückblickend zu Protokoll: „Wir sehnten uns in dieser desolaten Welt so sehr nach Menschlichkeit und Wärme und rückten zusammen.“<sup>3</sup>

Ganz zu Anfang, also unmittelbar nach Kriegsende, fanden sich die Jugendlichen oft mehrmals in der Woche an Orten, die sich „zufällig gerade mal so dafür boten“: unter dem windigen Vorsprung einer Ruine, im Kellerlädchen des im Krieg gefallenen Schuhmachers, im wackligen Geräteschuppen, auch unweit des Massengrabes gefallener Soldaten auf der Wiese am Fluss oder sonst wo. Die meisten trugen dürrtige Kleidung, waren von Entbehrungen, überstandenen Strapazen oder Krankheiten gezeichnet, wurden von traumatischen Erlebnissen immer wieder heimgesucht und gerieten dabei nicht selten ins Schlottern. Darunter waren oft Jugendliche, die sich eben von familiären Bindungen zu lösen begannen oder ohnehin in den Wirren der Zeit auf sich gestellt umherirrten und Anschluss unter Gleichaltrigen suchten. Wie sie rückschauend in Interviews versichern, hatten die „Mädels und Jungs dann miteinander geredet und geschwätzt, manchmal sogar gelacht“, nur um die „eigenen, oft quälenden Bilder vom erlebten Kriegsgeschehen aus dem Kopf zu kriegen“, Erinnerungen an gestern zu verdrängen, mitunter auch, um aus einer Lethargie und einem Insichgekehrtsein herauszufinden. Für ihr Zusammensein suchte anfangs keiner der Beteiligten nach verbalen Erklärungen mit hochtrabenden Wendungen. Gemeinschaftlich konzentrierte man sich sehr pragmatisch auf die existenziellen Fragen des Überlebens im Nachkriegsalltag. Dabei waren mitunter für den Obdachlosen die Bleibe in der Nacht, für den Hungernden Brot, für den Frierenden ein Kleidungsstück zu „beschaffen“ und die solidarische Hilfe untereinander ohnehin dringlicher erschienen, als der erst nach und nach einsetzende Gedankenaustausch über die aktuelle Lage im krisengebeutelten, ruinierten, von ehemaligen Kriegsgegnern besiegt und schuldig gewordenen Deutschland, in dem sich die heimische Bevölkerung mit der Befehlsgewalt der Besatzungsmächte zu arrangieren und einzurichten hatte und auch ihre eigene Zukunft höchst ungewiss schien.

Es dauerte Wochen und oft länger, bis diese Jugendlichen im Nachkriegsdeutschland den schmerzlich empfundenen Verlust der eigenen intentionalen Handlungsfähigkeit gemeinschaftlich durch einen Aktivismus des Neubeginns zu überwinden glaubten, dabei aneinander Halt und miteinander nach einer ihrem weiteren Leben Sinn versprechenden Orientierung suchten. Dort, wo eben noch Tod und Verwüstung gehaust hatten, setzten sie mit noch höchst unklaren Vorstellungen auf ein „anderes Leben“, in dem es vor allem keinen Krieg geben sollte. Obwohl sie dabei kaum mehr als ihre Hoffnungen in die Waagschale zu werfen hatten, fühlten sich immer mehr junge Leute, die möglichst nicht zurück, aber vorwärts schauen wollten, angezogen.

Auch der Zeitzeuge Peter K. erinnerte sich Jahrzehnte später daran, als 16-jähriger Junge und sehr mit sich allein im Flüchtlingsstreck zufällig auf die Behelfsbaracke mit gleichaltrigen Mädchen und Jungen gestoßen zu sein, in deren Gemeinschaft er wieder an eine Zukunft zu glauben begann.<sup>4</sup> Etwa zeitgleich hatte sich der damals 14-jährige Georg G. mit seinen Freunden im Hinterzimmer der Berliner Eckkneipe getroffen und gab rückschauend zu Protokoll: „Das eiserne Kanonenöfchen spendete kärgliche Wärme, wenn wir was Brennbares beschafft hatten. Bei Stromsperre war's dunkel. Wir saßen gedrängelt und hungrig beieinander. Die Kleidung zerschlissen, die Schuhe selbst repariert. Mein Bruder, der an der Ostfront mit 19 Jahren gefallen war, hatte einen Pullover hinterlassen. Den trug ich, darüber die von Müttern zeitgemäß umgeschneiderte Kluft aus der HJ. Keiner stieß sich daran. Ulrich F., der meines Bruders Freund gewesen war, hatte nur noch ein Bein. Er war ein Kriegsversehrter. Wir alle entwickelten ein Gefühl füreinander, ohne Übersetzung in eine intellektuelle Form.“<sup>5</sup>

Jürgen D. war auf die Jugendgruppe aufmerksam geworden, als er die Einladung im Schaukasten an der Straßenecke las: „Ein Heimkehrer erzählt“. Er hatte dann wissen wollen,

wie es anderen ging, die wie er diesem „Schlamassel“ entronnen waren. In einem Interview konnte er noch 50 Jahre später aus dem Gedächtnis den ersten Satz des Referenten, der damals umringt von jungen Leuten im kleinen Kellerraum Platz genommen hatte, sinngemäß wiederholen: „Nachdem es keine jugendlichen Heldentoten mehr gibt, könnte das Leben für uns noch lang werden.“ Gemeinschaftlich war man dann zu dem Schluss gelangt, dieses Überleben als Chance zu begreifen und Neues anzupacken. Jürgen D.: „Gemeinsam beschlossen wir, dass es besser wird [...]“.<sup>6</sup>

Noch blieb offen, ob die Aktionsbereitschaft junger Leute mit ihren „Eingebungen“ und Initiativen nur für den Augenblick unter Gleichaltrigen wahrgenommen wurde und der spürbare Elan kurz aufflackernd alsbald wieder verlosch. Es konnte daraus aber auch eine autonome und pluralistische Jugendbewegung erwachsen, die sich dann mit eigenen Interessen und Anschauungen länger behauptete und in der Nachkriegsgesellschaft bedeutsam sein würde.

Diese Alternative beschäftigte vermutlich die jugendlichen Akteure, die das eigene Handeln kaum zweifelnd hinterfragten, in der SBZ weit weniger, als die Sowjetische Militäradministration Deutschland (SMAD) und Funktionäre der Parteien – KPD, SPD, LDPD, CDU – die nach dem Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 in der SBZ wieder legal entstanden waren. Sie erkannten in diesen, dem Leben zugewandten jungen Menschen ein offenbar freigesetztes Lern- und Wandlungspotenzial, das sie möglichst mit eigenen Intentionen beeinflussen und – gerade weil die Lang- oder Kurzlebigkeit des jugendlichen Schwungs nicht abschätzbar schien – unter Kontrolle bringen wollten. Ohnehin war jede der Parteien auch auf die eigene Nachhut bedacht.

Die Liberaldemokraten (LDPD) suchten zunächst der Verselbständigung Jugendlicher entgegenzuwirken und betonten die Verantwortung der Elternhäuser, der Schulen und der Organe staatlicher Jugendpflege bei der notwendigen „Umerziehung der Jugend“,<sup>7</sup> während die Christdemokraten (CDU) aus ähnlichen Erwägungen die junge Generation an traditionelle Werte wie Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft, auch an „Ehrfurcht, Demut, Bescheidenheit“<sup>8</sup> erinnerten. Nicht im Widerspruch dazu beklagten Sozialdemokraten (SPD) die noch nachwirkende Nazi-ideologie in den Köpfen der Heranwachsenden und die „verkümmerte“ Moral. Sie hoben hervor, dass eine „geistige Urteilsfähigkeit“<sup>9</sup> in der Jugend erst geweckt werden müsse. Während die Kommunisten (KPD) schon am 23. Juni 1945 zu erkennen glaubten, dass „in den Herzen der jungen Generation [...] der neue Geist seine Wurzeln“<sup>10</sup> schlage und sich mit dieser Redeweise wahrscheinlich am ehesten Einfluss auf die Jugendlichen versprochen.

Führende Persönlichkeiten der KPD hatten bereits im sowjetischen Exil die „Einheitsfronttaktik“ und daraus ableitbare noch vage jugendpolitische Vorstellungen für eine organisatorische Vereinigung junger Menschen bedacht, die sie auf antifaschistisch-demokratischer Basis gemeinsam mit allen Parteien unter eigener Führung initiieren wollten. Allerdings konnten sie die tatsächliche Nachkriegssituation in Deutschland kaum im Voraus auch nur ahnen. Der Jungkommunist Heinz Keßler (geb. 1920)<sup>11</sup> erinnerte sich später: „Als ich im Mai 1945 aus der Sowjetunion nach Berlin kam, war ich erst mal fassungslos. Ein einziger Trümmerhaufen. Er rauchte noch. [...] Zwischen den Gesteinen sah ich Jugendliche in abgerissenen Klamotten und mit einer einzigen Frage: ‚Wo krieg ich was zu fressen her‘. In Moskau hatte ich mir vorgestellt, wie es sein würde – danach. [...] Aber nun fragte ich mich bloß immer: Wie sollen wir hier ‚ne Übersicht kriegen? Was ist zu tun?“<sup>12</sup> Während Heinz Keßler auf Kundgebungsplätzen und in Versammlungen mit zündenden Worten um eine „einheitliche freie Jugend“ warb und dabei durchaus auch den Zusammenschluss der spontanen Gruppen im Auge behielt, wurden KPD-Mitglieder, die den Nationalsozialismus in Deutschland überlebt hatten und einen separaten kommunistischen Jugendverband begründen wollten, von den Spitzenfunktionären ihrer Partei rigoros auf die überparteiliche „Einheitsfronttaktik“ festgelegt.

Die Vertreter der übrigen Parteien konnten im Frühjahr und Sommer 1945 in ihren „Reden über und an die junge Generation“ kaum auf vorbedachte jugendpolitische Konzepte für das Nachkriegsdeutschland zurückgreifen. Wie sich zeigte, ließen sich aber auch nach herkömmlichem Muster aus Zeiten der Weimarer Republik unter der Befehlsgewalt der SMAD in der SBZ jeweils eigene Jugendverbände in ihrem Gefolge in keinem Fall wieder neu gründen.<sup>13</sup>

Es blieb zudem höchst zweifelhaft, ob die sich „im Aufbruch“ wahnenden Jugendlichen die parteipolitische Landschaft in der SBZ überhaupt differenziert wahrnahmen. Rückblickend ist nicht mehr nachvollziehbar, in welchem Maße den Parteifunktionären ein direkter Einfluss auf die Jugendlichen vor Ort gelang, ob sie die jungen Menschen gelegentlich auf Kundgebungsplätzen oder mit ihrer Presse erreichten. Zeitungen erschienen nur in geringer Auflagenhöhe, sodass der Interessierte froh sein musste, am Kiosk überhaupt eines der Blätter, ganz gleich welcher Provenienz, zu ergattern. Zudem hatte die SMAD in der SBZ die Abgabe aller Radiogeräte in eingerichteten Sammelstellen verfügt, was sich nun selbst für die eigenen Befehlshaber als Fehler erwies. So konnte über den Äther beispielsweise auch der am 31. Juli 1945 von der SMAD herausgebrachte Befehl zur Zusammenführung aller Jugendgruppen und -initiativen in betont „überparteilichen“ Antifaschistischen Jugendausschüssen (Antifa-Jugend)<sup>14</sup> der Länder in der SBZ und zur Bildung eines in Berlin zu begründenden „Zentralen Jugendausschusses“ jugendliche Hörer nur bedingt erreichen. Einige entdeckten den „Befehl“ in der Zeitung der SMAD, der „Täglichen Rundschau“. Vielfach lasen sie ihn in den Mitteilungsblättern der öffentlichen Schaukästen oder hörten davon in einer „Mund-zu-Mund-Propaganda“.

Die Jugendgruppen waren in der Folge damit formal legalisiert und mit ihrer Einordnung in die „Antifa-Jugendausschüsse“ weisungsgemäß der Obhut und Fürsorge zuständiger Volksbildungsämter großer und mittlerer Städte anzuvertrauen. Der zu schaffende Zentrale Jugendausschuss sollte nach dieser Logik der Berliner „Zentralverwaltung für Volksbildung“ unterstellt werden. Zu diesem Zeitpunkt besetzten allerdings die Kommunisten und Sozialdemokraten bereits die maßgeblichen Funktionen in den Volksbildungsämtern der SBZ, die nun von der SMAD angewiesen wurden, bürgerliche Bündnispartner mitverantwortlich einzubeziehen. Das unterstrichen die Ausführungsbestimmungen zur Schaffung der Antifa-Jugendausschüsse, nach denen zuständige Referenten in den Volksbildungsämtern „möglichst vor 1933“ in einem der pluralistischen Verbände der „antifaschistischen Jugendbewegung tätig gewesen sein“ sollten, also nicht unbedingt einer kommunistischen oder sozialdemokratischen Jugendorganisation angehört haben mussten. Man argumentierte dabei mit den Erfahrungen aus der Geschichte, die gezeigt hatten, dass untereinander rivalisierende oder auch nur nebeneinander bestehende Jugendverbände und Gruppierungen zu früherer Zeit die Interessen junger Menschen oft in entscheidenden Momenten nicht durchzusetzen vermochten und ein Zusammenschluss mehr Erfolg versprach.<sup>15</sup>

An der „von oben“ gesteuerten Gründung des Zentralen Jugendausschusses am 1./2. September 1945 beteiligten sich dennoch nur die Kommunisten und Sozialdemokraten paritätisch, während die bürgerlichen Parteien kaum oder gar nicht am Geschehen teilhatten oder ihm noch kontrovers, oft misstrauisch begegneten. Besonders die Kirchen sahen mit der Konzentration aller Initiativen in den Antifa-Jugendausschüssen unter spürbarer Hegemonie der Kommunisten ihre eigenständige Jugendarbeit in den Gemeinden gefährdet. Die SMAD forderte umso nachdrücklicher auch im Sinne ihrer „deutschlandweit angestrebten antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ von den Jugendpolitikern der KPD und der SPD, alles daran zu setzen, diese Bedenken der potenziellen „Bündnispartner“ zu zerstreuen und die Vertreter der LDPD, der CDU und der Kirchen in die Verantwortung des Zentralen Jugendausschusses einzubeziehen.

Eine Grundlage dafür boten übereinstimmende Einschätzungen der Parteien zum „schändlichen Missbrauch der Jugend im Dritten Reich“, die „von Schuld an den Verbrechen des Natio-

nalsozialismus und am Zweiten Weltkrieg freizusprechen“ sei und im antifaschistisch-demokratischen Sinne „umerzogen“ werden müsse.

Wenn nun tatsächlich zu diesen gleichlautenden Standpunkten eine Verständigung da und dort möglich war, hatten alle vier Parteien Probleme, geeignetes Personal zu finden, das sie in den jugendpolitischen Leitungsgremien und Funktionen der SBZ-Länder und -Kommunen platzieren konnten. Selbst die langfristig schon während der Emigration angedachten „Funktionsverteilungspläne“ der Kommunisten scheiterten in der SBZ am „Erfordernis der Stunde“, das dann den Einsatz des vorgesehenen Leitungskaders an anderer Stelle notwendig machte. So war beispielsweise der Kommunist Hans Mahle (1911–1999) als leitender Jugendfunktionär vorgesehen. Mit der Gruppe Walter Ulbricht aus Moskau nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er aber am 12. Mai 1945 angewiesen, die Leitung des Berliner Rundfunks zu übernehmen. Mahle erinnerte sich später daran, in jenen Maitagen in der Frankfurter Allee einem Mann in Sträflingskleidung begegnet zu sein, „der ihm bekannt vorkam [...] Es war der gerade aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden befreite Erich Honecker, mit dem er vor 1933 gemeinsam im Jugendverband gearbeitet hatte. Mahle, eben auf dem Weg zu Walter Ulbricht, ließ ihn in seinen Wagen einsteigen.“<sup>16</sup> So verdankte selbst Erich Honecker (1912–1994) eher einem Zufall seine oberste Funktion im Zentralen Jugendausschuss und später in der FDJ.

Von allem Gerangel um den Einfluss auf die „Nachhut“ spürten die Mädchen und Jungen im Alltag kaum etwas. Wenn sich die Jugendlichen an der Basis nun unter einem „antifaschistischem Etikett“ – umgangssprachlich verkürzt formuliert als Antifa-Jugend – trafen, entsprach das durchaus ihrer Grundhaltung. Um an eine „bessere Zukunft“ glauben zu lernen, wollten sie gestrige Ideologien und die Politik des Nationalsozialismus „hinter sich lassen“, möglichst „vergessen“, damit „aufräumen“. Hans M. erinnert sich: „[...] ein Leben ohne Krieg und Faschismus. Von mehr war damals nicht die Rede, und das war schon viel, nicht nur angesichts des geistigen und seelischen Elends, sondern auch der Trümmer und der bitteren Not ringsum.“<sup>17</sup> Insofern wurden gelegentlich Redeweisen politischer Exponenten in der SBZ unter Jugendlichen populär, die sie in ihrer antifaschistischen Grundhaltung bestätigten und die damit ihr Tun bestärkten. Eindruck hinterließen Widerstandskämpfer – die dem Nazi-Regime getrotzt, Konzentrationslager (KZ) oder Gefängnisse überlebt hatten, vereinzelt bereits aus der Emigration zurückgekehrt waren – und nun zu Gast vor der Antifa-Jugend das Wort nahmen.

Nach vorsichtiger Schätzung beteiligten sich im Sommer 1945 bereits 5 bis 15 Prozent der jungen Generation in der SBZ mit regional unterschiedlicher Intensität an den Initiativen der Antifa-Jugend. Es ist nicht bekannt, dass sich Jugendliche von den übergeordneten Ausschüssen oder in der „Obhut“ der Volksbildungsämter bevormundet oder gar in ihrem Tun eingeschränkt sahen. Eher war das Gegenteil der Fall. Mädchen und Jungen gestalteten die ihnen zugewiesenen Räume für ihre Gruppen, nutzten kostenlos Säle für die nach dem Krieg wieder erlaubten Tanzveranstaltungen, wurden vom Amt bei Sport und Spiel mit bescheidenen Mitteln materiell unterstützt und genossen den geförderten Zugang in die wieder eröffneten Kulturstätten. Es entwickelten sich mit Heimatabenden, am Lagerfeuer und beim Wandern gesellige Formen des Zusammenseins, die an jugendbewegte Zeiten in der Vorkriegszeit erinnerten. Dem jugendlichen Tatendrang entsprachen auch Ernteeinsätze der Antifa-Jugend, die ‚Enttrümmerungsaktionen‘ oder praktische Hilfsmaßnahmen für bedürftige Familien oder verwaiste Kinder und alle nur möglichen aktivistischen Bewegungen zur Linderung der existenziellen Nöte in der Bevölkerung. Ganz gleich, ob diese Initiativen aus eigenem Antrieb erfolgten oder von der jeweilig zuständigen Stadtbehörde, von jugendpolitischen Funktionären der Parteien oder auch von lokalen Militärkommandanturen initiiert und gestützt wurden, förderten sie den Gemeinschaftsgeist der Antifa-Jugend und bestärkten das Empfinden der daran Beteiligten, miteinander sinnvoll

„unterwegs“ zu sein (Abb. 1).<sup>18</sup> Die Jugendzeitschrift „Neues Leben“, die seit dem 1. November 1945 in der SBZ erscheinen konnte, reflektierte Erfolge, die allerdings von den kommunalen Gegebenheiten abhängig und sehr unterschiedlich ausfielen.

Es bleibt dahingestellt, in welchem Maß die zunehmend in Bewegung geratene Antifa-Jugend zu erkennen vermochte, dass die Protagonisten der Jugendausschüsse bereits den Weg zur „freien“ deutschen Einheitsjugendorganisation bedachten und verfolgten, in der all ihre Initiativen aufgehen sollten, – ob das Vorhaben an der Basis diskutiert, ein Für und Wider erwogen wurde oder auch nicht. Nachgewiesen sind die Initiativen „von oben“, mit denen insbesondere Kommunisten vorschnellten und die SMAD zu überzeugen suchten. Angedacht war die FDJ zunächst als eine gesamtdeutsche Dachorganisation der Jugendbewegung. Immerhin hatten zuständige Militärbehörden und Ämter in den Westzonen im Sommer/Herbst 1945 Jugendvereinigungen mit unterschiedlichen Namen – „Volksjugend“, „Freie Jugend“, „Freie demokratische Jugend“, „Freie deutsche Jugend“, „Freier Jugendbund“ und andere mehr – zugelassen, zu deren Initiatoren der Zentrale Jugendausschuss in Berlin verschiedenen Orts eine Verbindung hergestellt oder angestrebt hatte und die nun in das Gründungsgeschehen einbezogen werden sollten. Einige Jugendfunktionäre der Westzonen hatten durchaus Bereitschaft für den gesamtdeutschen Zusammenhalt signalisiert, zugleich aber waren auch immer wieder aus diesen Reihen streitbare Stimmen gegen die kommunistische Vorstellung von einer Einheitsjugendorganisation vernehmbar, die durch öffentlich geführte Auseinandersetzungen um die gerade in Gang gesetzte Vereinigung der KPD und SPD zur SED noch bestärkt wurden. Dann aber schienen ohnehin alle zeitnahen Pläne für die einheitliche Jugendbewegung mit einer „FDJ-Reichsleitung“,<sup>19</sup> noch dazu unter kommunistischer Hegemonie, unrealistisch. Denn mit einer Zustimmung der westlichen Besatzungsmächte, die ein pluralistisches und möglichst unpolitisches Verbandsleben der Jugend mit lokal begrenztem Wirkungsradius in ihren jeweiligen Zonen befürworteten, war vorerst ganz offensichtlich nicht zu rechnen. Darüber hinaus zeichneten sich politische Differenzen der Besatzungsmächte zu übergeordneten Deutschlandfragen ab, sodass zumindest Pläne für die sofortige Zusammenführung jugendbewegter Initiativen aller vier Zonen in der FDJ auch „auf Weisung der SMAD“ fallengelassen wurden.<sup>20</sup>

Allerdings überforderte es zur Jahreswende 1945/46 die Phantasie der Jugendfunktionäre in Ost und West, sich ein dauerhaft zerklüftetes Deutschland im Schlepptau politischer Besatzungsmächte oder auch eine deutsche Zweistaatlichkeit perspektivisch vorzustellen. Die Initiatoren der FDJ rechneten eher damit, dass alsbald schon im wiedervereinigten Deutschland ihr Einheitskonzept doch noch aufgehen werde. Aus dieser Grundhaltung suchten sie bereits bestehende Verbindungen zu Jugendgruppen in den Westzonen auszubauen, konkretisierten aber zunächst ihre FDJ-Gründungskonzepte vornehmlich in der SBZ. Hinderlich erwiesen sich auch hier noch immer schwelende Zweifel, Vorbehalte und Misstrauen potenzieller Bündnispartner der bürgerlichen Parteien und Vertreter der Kirchen. Die immer wieder aufflammenden Kontroversen waren noch nicht bis ins Letzte ausgetragen worden, als Kommunisten Anfang des Jahres 1946 Eile an den Tag legten, mit der SMAD Schritte zur Gründung der FDJ festlegten und einleiteten.<sup>21</sup>

Die KPD-Führung wies in einem Rundschreiben ihre Genossen an, die Jugendlichen dafür zu „mobilisieren“. <sup>22</sup> Die interviewten Zeitzeugen versichern rückblickend allerdings glaubhaft, dass die am 7. März 1946 in der „Täglichen Rundschau“ verkündete Lizenzierung der „Freien Deutschen Jugend“ – die „demokratische Jugendliche in der Sowjetzone vom 14. bis zum 25. Lebensjahr vereinigen“ sollte, an der Basis vielfach Überraschung auslöste oder auch zunächst als wenig „bedeutsam“ empfunden wurde. So auch Gerhard K., der, zur Antifa-Jugend gehörend, von



Abb. 1: Trümmereinsatz der Jugend, Fotografie, 1946.  
BArch, BildY 1-12C120-11004

der „Namensänderung“ kaum Notiz nahm: „Etwas anderes war es in unseren Augen nicht. Das Leben ging weiter.“<sup>23</sup>

Mit dem „Ersten Parlament der Freien Deutschen Jugend“ vom 8. bis 10. Juni 1946 in Brandenburg an der Havel kamen die in der SBZ noch immer umstrittenen Gründungsinitiativen zum Abschluss (Abb. 2). 633 Delegierte, darunter einige geladene westdeutsche Vertreter, waren angereist, um Satzungen und Statuten zu debattieren und in geheimer Wahl zu verabschieden. Im Programm wurden „die Erhaltung der Einheit Deutschlands“ und die „Gewinnung der deutschen Jugend für die großen Ideale der Freiheit, des Humanismus, einer kämpferischen Demokratie, des Völkerfriedens und der Völkerfreundschaft“ postuliert.

Damit war die FDJ perspektivisch ein gesamtdeutsches Angebot. Auch in seiner Grundsatzrede betonte Erich Honecker, als Erster Vorsitzender der FDJ, dass in der „überparteilichen demokratischen Organisation [...]“ alle „positiven Kräfte“ der jungen Generation „mitarbeiten“ könnten.<sup>24</sup> Als besondere Verfechterin einer „freiheitlichen und demokratischen Jugendbewegung“ begrüßte die Delegierte des Parlaments und Zweite Vorsitzende der FDJ Edith Baumann (1909–1973)<sup>25</sup> die Organisationsgründung und sah darin den „Beginn einer neuen Epoche der deutschen Jugendbewegung“. Wenige Monate später hielt sie vor Absolventen einer Jugendhochschule der FDJ, die nördlich von Berlin am Bogensee, auf dem Besitz des ehemaligen Propagandaministers Joseph Goebbels (1897–1945), entstanden war, eine Rede, in der sie erneut dazu aufforderte, die „guten Traditionen der deutschen Jugendbewegung“ des 20. Jahrhunderts „hochzuhalten“.<sup>26</sup>

Populär wurde unter Jugendlichen vor allem Erich Honecker mit seinen eingeforderten Grundrechten der jungen Generation, die er vor dem Parlament erläutert hatte. „Auf welche Rechte haben wir Anspruch?“, hatte er in seinem Referat abschließend gefragt und selbst darauf, seine ausführlichere Darstellung zusammenfassend, geantwortet: „Vier Rechte sind es: die politischen Rechte, das Recht auf Arbeit und Erholung, das Recht auf Bildung und das Recht auf Freude und Frohsinn“<sup>27</sup> (Abb. 3).

Nach den offiziellen Presseberichten in der SBZ wirkte das Erste Parlament der FDJ mobilisierend auf die junge Generation und wie eine „Manifestation jugendlicher Einigkeit und Aufbaubereitschaft“. Dabei lasen die wenigsten jungen Leute Wort für Wort das publizierte FDJ- Programm oder das gedruckte Parlamentsprotokoll mit Grußworten „ausländischer Organisationen“,<sup>28</sup> aber sie sprachen noch Jahrzehnte später als Zeitzeugen von den „mitreißenden, geradezu magisch formulierten vier geforderten Rechten“, mit denen sie sich den „Neubeginn“ aus „eigener Kraft“ zutrauten: „Wir hatten unsere Lage erkannt, wer sollte uns da noch aufhalten?“, erinnerten sie sich sinngemäß übereinstimmend. Nachdrückliche Wahrheiten ließen sich plötzlich scheinbar einfach auf einen Punkt bringen.

Die Antifa-Jugend legalisierte sich alsbald schon als FDJ-ler der ersten Stunden. Zum Jahreswechsel 1946/47 zählte die FDJ in der SBZ bereits mehr als 400.000 Mitglieder, jeder siebte Jugendliche der Geburtsjahrgänge 1921 bis 1932 gehörte dazu. Der Zustrom hielt noch rasant an,<sup>29</sup> obwohl sich die FDJ-Arbeit an der Basis und vornehmlich in den Wohngebieten, noch in geringem Umfang in den Betrieben und Bildungseinrichtungen, sehr unterschiedlich, abhängig von mehr oder weniger ambitionierten und befähigten oder auch „von oben“ instruierten Jugendfunktionären entfaltete.

Diese „Unschuld des Beginns“ als Gruppenzustand der FDJ-Basis gab es nur für eine kurze Zeitspanne und ist chronologisch schwer einzugrenzen. Die Geschichtsschreibung weist auf



Abb. 2: Delegierte des Ersten Parlaments der FDJ vor dem Eingang der Stadthalle Brandenburgs, Fotografie, 1946. BArch, BildY 1-12B523-2528



Abb. 3: Erich Honecker als Erster FDJ-Vorsitzender mit dem Fahrrad unterwegs zur Arbeit in den Zentralrat, Fotografie, 1946. BArch, BildY 10-EH22-1338-71

einen Wandlungsprozess, den die FDJ bis zum Ende des Jahres 1948 in der SBZ durchlief. Es ist dabei schwer zu sagen, wann einzelne, gelegentlich noch kompromissbereit scheinende FDJ-Spitzenfunktionäre ausschließlich zu botmäßigen Erfüllungsgehilfen eines autoritären Staatsapparates mutierten. Nach und nach nahmen in den Gruppen der FDJ partikuläre Interessenslagen überhand, griffen am Ende nur noch die von einer Partei gesteuerten Regeln und Vorgaben, wurden Herrschaftsallüren und Bevormundung spürbar, gehörten zum FDJ-Alltag Anpassungsstrategien, Privilegien, Disziplinarverfahren. Das später behauptete „Wir“ war nur noch Agitation, sodass alles im Rückblick wie eine Lüge erscheinen könnte.

Aber es hat diese impulsiven Momente der in Bewegung geratenen jungen Menschen – an die sich an jenem 4. November 1989 auch die Sänger auf der Schweriner Theaterbühne vielleicht etwas melancholisch erinnerten und damit Anteil am intellektuellen Aufbruch in der „Noch-DDR“ nahmen – in der SBZ tatsächlich gegeben. Diese einfachen Lieder konnten nicht befohlen werden: „Das neue Leben/ muss anders werden/ als dieses Leben/ als diese Zeit [...]“ und „Wir sind jung, und das ist schön [...]“. Sie unterscheiden sich von späteren, gedrechselten Auftragswerken und vertonten Texten in den Liederbüchern der FDJ.

- 1 Die Freie Deutsche Jugend stürmt Berlin. Ein FDJ-Lieder-Abend. Begleitheft zur Amigo-CD [o.J.].
- 2 Zur Befindlichkeit und zum Selbstverständnis der FDJ-Gründergeneration wurden in der SBZ keine repräsentativen Erhebungen durchgeführt. Vorliegende „Stimmungsberichte“ aus jener Zeit sind nur bedingt realistisch. Von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung (IzJ) Berlin wurde 1990-1993 eine umfangreiche Zeitzugebefragung tontechnisch aufgezeichnet und teilweise wissenschaftlich ausgewertet. Darauf bezieht sich die Darstellung der Situation. Helga Gotschlich u.a.: Das neue Leben muss anders werden... Studien zur Gründung der FDJ (Die Freie Deutsche Jugend, Beiträge zur Geschichte einer Massenorganisation 3). Berlin 1996. - Helga Gotschlich: Und der eignen Kraft vertrauend. Aufbruch in die DDR - 50 Jahre danach. Berlin 1999.
- 3 Gotschlich 1999 (Anm. 2), S. 185.
- 4 Gotschlich 1999 (Anm. 2), S. 80.
- 5 Gotschlich 1999 (Anm. 2), S. 74.
- 6 Gotschlich 1999 (Anm. 2), S. 184.
- 7 Ulrich Mähler: Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949. Paderborn u.a. 1995, S. 35.
- 8 Mähler 1995 (Anm. 7), S. 35.
- 9 Mähler 1995 (Anm. 7), S. 34.
- 10 Deutsche Volkszeitung vom 23.06.1945.
- 11 Heinz Keßler: Jung-Spartakusbund, 1940 Wehrmacht, 1941 Übertritt zur Roten Armee, Antifa-Schule, Gründungsmitglied des NKFD, 1945 Rückkehr nach Deutschland, KPD, Leiter des Hauptjugendausschusses von Groß-Berlin, ab 1946 im Parteivorstand der SED, mehrere Funktionen in der DDR, 1985 Verteidigungsminister, Armeegeneral, ab 1986 Mitglied des Politbüros der SED.
- 12 Gotschlich 1999 (Anm. 2), S. 77.
- 13 Gert Noack: Die Gründung der Freien Deutschen Jugend. In: Gotschlich u.a. 1996 (Anm. 2), S. 9-62, bes. S. 19.
- 14 Mähler 1995 (Anm. 7), S. 47.
- 15 Mähler 1995 (Anm. 7), S. 57. - Hans Modrow: Vorwort. In: Unser Zeichen war die Sonne. Gelebtes und Erlebtes. Hrsg. von Hans Modrow. Berlin 1996, S. 7-9, bes. S. 8.
- 16 Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle - eine Biographie. Hamburg 2003, S. 197.
- 17 Modrow 1996 (Anm. 15), S. 7.

- 18 Helga Gotschlich: Aufbruch in ein „anderes“ Deutschland. In: Gotschlich u.a. 1996 (Anm. 2), S. 63-120, bes. S. 117.
- 19 Mähler 1995 (Anm. 7), S. 95. - Noack 1996 (Anm. 13), S. 25.
- 20 Mähler 1995 (Anm. 7), S. 95. - Michael Herms/Carla Popp: Westarbeit der FDJ, 1946-1949. Eine Dokumentation. Berlin 1997.
- 21 Mähler 1995 (Anm. 7), S. 89.
- 22 Mähler 1995 (Anm. 7), S. 96.
- 23 Gerhard Kirner: Lehr- und Wanderjahre. In: Unser Zeichen war die Sonne 1996 (Anm. 15), S. 204.
- 24 Rede Erich Honeckers. In: Erstes Parlament der Freien Deutschen Jugend. Brandenburg an der Havel, Pflingsten 1946. Berlin [1947], S. 45-52, bes. S. 45. - Ehemals besoldeten HJ-Funktionäre war der Beitritt in die FDJ verwehrt.
- 25 Edith Baumann: bis 1931 Mitglied des Vorstandes der SAJ, dann im SAP-Reichsvorstand, 1933-1936 im Nazi-Deutschland inhaftiert, 1945 SPD-Mitglied und nach der Vereinigung der SPD/KPD Mitglied der SED, 1946-1949 stellvertretende Vorsitzende der FDJ, seit 1949 Funktionärin der SED. Sie war von 1947 bis 1953 mit Erich Honecker verheiratet, 1973 verstarb sie.
- 26 Edith Baumann: Die Geschichte der deutschen Jugendbewegung. Berlin o.J. [1947], S. 32.
- 27 Rede Erich Honeckers 1947 (Anm. 24).
- 28 Unter den Grußworten befand sich ein Schreiben von FDJ-lern aus Großbritannien, die als Emigranten ihre Organisation 1939 gegründet hatten. Darüber war unter der Jugend in Deutschland kaum etwas bekannt. 1935 entstand die FDJ in Paris, 1938 in Prag. Selbst die Mehrheit der Delegierten auf dem Brandenburger Parlament dürfte davon erstmals erfahren haben. Erich Honecker hatte im Vorfeld der FDJ-Gründung und des Parlaments mit Horst Brasch, sowie der FDJ in London, Kontakt. Siehe auch: Herms/Lange/Noack: Zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend. In: Gotschlich 1996 (Anm. 2), S. 173.
- 29 Vgl. DDR-Jugend. Ein statistisches Handbuch. Hrsg. von Edeltraud Schulze. Berlin 1995, S. 181.

#### **Bildnachweis**

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin · Abb. 1, 2, 3